

DER BEZIRKSVERBAND REINICKENDORF
DER LINKSPARTEI.PDS BERLIN
WÜNSCHT ALLEN LESERN
EIN FRIEDVOLLES WEIHNACHTSFEST
und ein gesundes Neues Jahr 2006

Lesen in Hermsdorf 2
Bibliothek soll nicht schließen
„Du wirst gebraucht“ 3
Zur Schulstrukturreform

Sieh dich gut um, der Jobklau geht um

Belegschaft von JVC in Reinickendorf kämpft um ihre Arbeitsplätze

Sie wehren sich gegen die Schließung ihres Betriebes - mit einer Demonstration im Märkischen Viertel, mit einer Kundgebung vor dem Reinickendorfer Rathaus, mit einem Autokorso vom Betrieb zur japanischen Botschaft. Und sie zogen mit den bei Samsung und bei der FIAT-Baumaschinen-Tochter CNH gleichermaßen Bedrohten vor den Bundestag und das Rote Rathaus.

Bei der JVC Video Manufacturing Europe in der Quickborner Straße droht 225 von 235 Beschäftigten der Arbeitsplatzverlust. Die Mehrzahl sind Frauen oder Männer über 45, also in einem Alter, in dem man kaum wieder Arbeit findet.

Bei JVC werden aus Baugruppen Videorekorder und -kameras montiert und geprüft. Der Markt für diese Produkte schrumpfte und die Preise verfielen, begründet die Geschäftsführung den Konzernbeschluss. Betriebsratsvorsitzender Harald van Zuijlen sieht einen anderen Grund. Geräte mit DVI-Schnittstelle (zur Einspielung digitaler Videodaten) sind mit einem zehn Prozent höherem EU-Einfuhrzoll belegt als andere. Da hatte es sich für JVC durchaus rentiert, eine marktnahe Produktionsstätte zu unterhalten, trotz billigster Fertigung in Malaysia. Eine durchaus wünschenswerte Wirkung.

Jetzt allerdings ist die DVI-Schnittstelle durch USB ersetzt - und diese Schnittstelle steht nicht im Zollgesetz. Welche Lobby kümmert sich darum? Die großen, weltweit agierenden Unternehmen sind im Gegenteil daran interessiert, ohne jede Beschränkung auf jeden Markt zu kommen und sie sind zu Gegenleistung bereit - auf Kosten der nati-

onalen Binnenwirtschaft.

Besonders unerträglich erscheint die kurze Zeitvorgabe für die Abwicklung der Arbeitsplätze bei JVC. Bis 31. Januar soll das geschehen sein. Offenkundig rechnet die Geschäftsführung ein, dass ab 1. Februar das Arbeitslosengeld I nur noch ein Jahr lang gezahlt wird. Wer aber bei früherem Eintritt der Arbeitslosigkeit noch Anspruch auf längere Zahlung hat, ist eventuell für eine schnelle Abwicklung mit billigen Abfindungen erpressbar.

Klaus Rathmann, Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS in Reinickendorf, setzte sich nach einem Gespräch beim JVC-Betriebsrat mit den Abgeordneten seiner Partei im Europa-Parlament in Verbindung. Im Ergebnis und nach Rücksprache mit Herrn van Tuijlen prüft die EU-Abgeordnete Sahra Wagenknecht die Möglichkeit einer Intervention bezüglich der Einfuhrregelungen in Brüssel.

Hans Schuster



Verfehlte Globalisierungsstrategie

Berlins Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf (Linkspartei.PDS), bekräftigte in einem Offenen Brief an die Belegschaften von Samsung, JVC und CNH seine Unterstützung für deren Widerstand gegen die angekündigten Werkschließungen. In allen drei Fällen handele es sich um Werke, die vom Berliner Senat immer unterstützt wurden. „Samsung, CNH und JVC haben am

Standort Berlin gutes Geld verdient und wollen ihre Werke nun einer kurzatmigen und verfehlten Globalisierungsstrategie opfern.“

Er bezeichnete es als inakzeptabel, dass die Konzernleitung von Samsung Gesprächsangebote der Bundesregierung und des Senats von Berlin abgelehnt habe. In den beiden anderen Fällen sei der Gesprächsfaden noch nicht abgerissen, „und wir werden weiter jede Chance nutzen, diese beiden Werke in Berlin zu erhalten.“

Hermsdorfer wollen ihre Bibliothek behalten

Bürgerversammlung mit Alternativen zur Schließung, aber Dr. Gaudszun scheint nicht interessiert

Nach Pisa-Schock und heftigen Diskussionen über Pädagogik und Schulpolitik der Kultusministerien in den letzten Jahren sollte man meinen, dass gerade jetzt in der Kultur- und Bildungspolitik mehr getan werden müsse. Tatsache jedoch ist, mit der Schließung der Stadtteilbibliothek Hermsdorf im Falkentaler Steig geschieht in Reinickendorf zurzeit Gegenteiliges.

Wegen dieser Entscheidung fand unter der Teilnahme des zuständigen Kulturstadtrates Dr. Thomas Gaudszun (SPD) ein Treffen statt, wo er etwa 150 interessierten Bürgern Rede und Antwort stand.

Der Beschluss zur Schließung der Stadtteilbibliothek stammt bereits aus dem Jahr 2002. Einsparung: 200 000 Euro pro Jahr. Bei einem anvisierten Sparbetrag von 440 000 Euro für den Haushaltsplan 2006/07 fast die Hälfte der Sparrate. Begründet wurde diese Entscheidung auch damit, dass die Stadtteilbibliothek in Hermsdorf im Vergleich zu anderen Reinickendorfer Bibliotheken die geringsten Besucher- und Ausleihzahlen aufweise. Tatsächlich zählte die Stadtbibliothek Hermsdorf im Jahr 2004 zwar „nur“ 10 000 Besucher, gleichzeitig aber 47 000 Ausleihen. Andere Reinickendorfer Bibliotheken weisen im Durchschnitt weitaus geringere Ausleihen pro Besucher auf. Wegen der sozial schwierigen Lage „kann ich aber keine Stadtbibliothek

in Reinickendorf-West oder -Ost schließen“, so Stadtrat Gaudszun.

Mit der Schließung wird vor allem den Kindern, Jugendlichen und Senioren zugemutet, auf andere Bibliotheken auszuweichen, die allerdings nur mit Bus oder Bahn erreichbar sind.

Bürger fordern Zeit für öffentliche Meinungsbildung

Dr. Gaudszun schlug keine Alternativen zwecks Erhaltung der Bibliothek vor und er nahm auch keine Vorschläge an. Wie es funktionieren könnte, zeigt zum Beispiel die „Nachbarschaftsbibliothek Französisch Buchholz“. Dort konnte die Stadtteilbibliothek durch die Mitwirkung 15 ehrenamtlicher „Bibliothekare“ gerettet werden. Eine weitere Alternative würde auch die Aufteilung des Bestandes bieten, wie es in Blankenburg geschehen ist. Dort wurden die Kinder- und Jugendbücher der dortigen Schulbibliothek und die Erwachsenen-Bücher an eine Pflagestiftung übergeben und man konnte auf Ausweichmöglichkeiten auf umliegende Bibliotheken absehen.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden der Linkspartei.PDS Klaus Rathmann, ein Bürgerbegehren für den Erhalt der Stadtbibliothek zu initiieren, fordern die Bürger nun mehr Zeit, um einen Förderverein gründen zu können. Zeit, die Herr Gaudszun anscheinend nicht hat. Macht ja nichts, Pisa kommt ja wieder - schon im kommenden Jahr! **Yusuf Dogan**

Flughafenschließung rechtens

Linkspartei.PDS begrüßt OVG-Urteil zu Tegel

Das OVG Berlin-Brandenburg hat am 24. November 2005 die Klagen von fünf Luftfahrtunternehmen gegen den Widerruf der Betriebsgenehmigung für den Flughafen Berlin-Tegel zurückgewiesen. Die Unternehmen würden durch die Aufhebung der Betriebsgenehmigung in ihren Rechten nicht verletzt.

Der Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf begrüßt in einer Presseerklärung diese Entscheidung ausdrücklich. „Wir setzen

uns seit Jahren dafür ein, dass der innerstädtische Flughafen im Bezirk geschlossen wird...“

Auch die Reinickendorfer Bezirksbürgermeisterin, Frau Wanjura (CDU), sollte sich nunmehr einsichtig zeigen und im Interesse der Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürgern, aber auch der Betroffenen in anderen Bezirken nicht länger zugunsten weniger bezirklicher Industriebetriebe den Weiterbetrieb von Tegel fordern.“

44.Sitzung, 9.11.2005

Die BVV beschloss einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen und der Einzelverordneten „**Kein weiterer Unterrichtsausfall an Reinickendorfer Schulen**“ (Drs.-Nr. 1290/XVII).

Nach Mündlichen Anfragen standen drei Große Anfragen (GA) an das Bezirksamt (BA) im Zentrum:

Eine Position des Bezirksamtes zum geplanten **Straßenausbaubeitragsgesetz** (Drs. 1277/XVII) - von der CDU als „Straßenraubbeihilfegesetz“ diffamiert - konnte Baustadtrat Dr. Wegner (CDU) nicht anbieten: das BA habe sich nicht damit befasst und werde sicher auch nicht zu einer einhelligen Bewertung kommen. Persönlich halte er den Gesetzentwurf des Senats für ungerecht; er schaffe bei schon enorm hohen Grundsteuern in Berlin erhebliche zusätzliche Belastungen für die Grundstückseigentümer. Im Bezirk könnte es nach 2007 die Anwohner von 430 Straßen treffen. Prophetisch sah er viele „Schulzendorfer-Straße-Diskussionen“ auf die BVV zukommen. Während die CDU (Ruschin) die Wortwahl als „gewollte Provokation“ mit Blick auf die Berliner Wahlen 2006 verteidigte, distanzierten sich SPD, FDP und B90 von der „Stimmungsmache“ und „Entgleisung der politischen Kultur“.

Eine GA der FDP (und vier Bürgeranfragen) zum „**Centre Bagatelle**“ (CB) ließen das BA nicht glücklich aussehen. BA (einstimmig) und BVV (CDU, SPD) hatten im September die Schließung des traditionsreichen Kulturinstituts in Frohnau aus Kostengründen beschlossen. Die BVV hatte das BA „aufgefordert, bis Ende November 2005 zu prüfen, ob gemeinsam mit dem derzeitigen und potentiellen Nutzern des CB ein (kostenneutrales) Konzept zur Offenhaltung entwickelt werden kann“ (Drs.-Nr. 1192/XVII). In der Debatte erklärte Kulturstadtrat Dr. Gaudszun (SPD) die Bereitschaft des BA, ein Betriebs- und Finanzkonzept des neu gegründeten Bürgervereins für eine evt. Übernahme des CB zu prüfen. Er konnte jedoch Zweifel von Verordneten der FDP und B90 nicht entkräften, die „Zwangssituation“ sei selbst verschuldet. Mit unverschämten persönlichen Angriffen gegen den Stadtrat versuchte die CDU, sich von ihrer Verantwortung („wer hat denn die Mehrheit im BA“) zu befreien. **K.G.**

„Wir achten Dich, Du kannst viel leisten, wir brauchen Dich“

Linkspartei.PDS für Schulstrukturreform

Interview mit Siglinde Schaub, bildungspolitische Fraktionssprecherin im Abgeordnetenhaus

Länger gemeinsam lernen

In der Diagnose sind sich Betroffene und Fachleute weitgehend einig: das bundesdeutsche Bildungssystem ist schlecht. Kitas, Schulen und Universitäten werden den Ansprüchen, die eine sich weiter entwickelnde Gesellschaft stellt, längst nicht (mehr) gerecht. Eine große Zahl der Lehrenden sieht sich überfordert, neben überfrachteten und unflexiblen Lehrplänen auch noch soziale und pädagogische Standards vermitteln zu müssen.

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD lässt für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Bildung als gesellschaftliche Disziplin wird demnach zukünftig fast ausschließlich in die Zuständigkeit der Länder fallen. Bildungsgerechtigkeit geht weiter verloren, wenn Bildung eine Sache der Kassenlage der Länder wird. Statt „Schülern über die Bildung eine neue Welt zu eröffnen“, bleibt diese Republik „Weltmeister in sozialer Ungerechtigkeit“.

Katrin Schultze-Berndt (Reinickendorf), bildungspolitische Sprecherin der CDU im Abgeordnetenhaus fordert „ein profiliertes Schulsystem, in dem die Haupt- und Realschüler nicht immer nur die Schüler sind, die weniger leisten als die Gymnasiasten, die eben schlechter sind. Sie müssen auch anderes lernen, das, was ihre Begabung aufgreift“. Mieke Senftleben (FDP Reinickendorf, MdA) allerdings weiß nicht viel mehr als „wenn wir über Bildung (...) diskutieren, dann muss der Begriff Leistung im Vordergrund stehen“. Und Bundesbildungsministerin A. Schawan (CDU) „warnt“ davor, keine neue Strukturdebatte aufzumachen.

Die Debatte ist aber längst da. Die Linke.PDS und auch die GEW fordern seit langem ein Umdenken.

Welche Schlüsse sind aus Deiner Sicht aus der PISA-Studie zu ziehen?

Dem deutschen Schulsystem bescheinigte die PISA-Studie schon zweimal (2000 u. 2003): wie in keinem anderen Land hängt der Bildungserfolg deutscher Schüler vom sozialen Status der Eltern ab. Das zu entkoppeln bleibt die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

Für uns heißt die Frage nicht mehr, ob Berlin ein neues Schulsystem braucht, sondern wie wir aus dem zwingend selektiven, gegliederten Schulsystem in ein integratives Schulsystem gelangen können, ohne dass Schüler die Leidtragenden dabei sind, wie es 1991 im Ostteil der Stadt geschehen ist. Die Mehrzahl der PISA-Spitzenländer hat ein integratives Gemeinschaftsschulsystem, das Schüler in ihrer Unterschiedlichkeit als Reichtum versteht, das ohne Zensuren bis in hohe Klassenstufen auskommt und deren Schüler (deshalb) Spitze sind.

Hat die Föderalismusreform Auswirkungen auf die Berliner Schule?

Das lässt sich noch nicht genau sagen. Einerseits hat Berlin es in der Hand, die erforderlichen Reformschritte zu längerem, gemeinsamem Lernen zu gehen, andererseits brauchen wir verbindliche bundesweite Bildungsstandards. Welche Kompetenz Schüler in welcher Klassenstufe erwerben sollen, darf nicht davon abhängen, in welchem Bundesland sie zur Schule gehen. Erst recht nicht auf dem Weg zu einem vereinten Europa.

Eine weitere Gefahr ergibt sich für den Ausbau der Ganztagschulen, einer zentralen Frage der Qualitätsentwicklung auch in der Berliner Schule, wird das Milliardenprogramm der rot-grünen Bundesregierung (IZBB-Programm) tatsächlich nicht fortgesetzt. Die nächste PISA-Studie kommt 2006.

Welche Angebote sollte Schule heute bereit halten und wo liegen die Vorzüge eines von Dir favorisierten Schulsystems?

Die Paukschule preußischer Prägung sollte endlich auch in Deutschland der Vergangenheit angehören.

Schüler müssen als aktiv Handelnde im Lernprozess begriffen werden. Ihnen muss nichts eingetrichtert werden, sondern gemeinsam mit ihnen ist herauszufinden, was in ihnen steckt. Das Miteinander- und Voneinanderlernen zu organisieren - das ist die Herausforderung. Nicht nur die Schule, die ganze Gesellschaft sollte unseren Kindern vermitteln: „Wir achten Dich, Du kannst viel leisten, wir brauchen Dich.“

Viele Berliner Schulen lernen von skandinavischen Vorbildern. Sie praktizieren längeres, individuelles und jahrgangsübergreifendes Lernen in der Gemeinschaft, erreichen damit inzwischen beachtliche Ergebnisse. Dies sind weitere Stichworte für eine neue Lernkultur in der Berliner Schule.

Und die Lehrer, die Pädagogen?

Sie sind der Schlüssel für Reformen in der Schule; ohne sie wird es keine Veränderung geben. Mit der Veränderung ihrer Rolle im Lernprozess müssen sie sich auseinandersetzen, weil die Mehrzahl eine Ausbildung für ein veraltetes Verständnis von Schule durchlaufen hat.

Inzwischen sind Reformen für eine neuen Ansprüchen gerecht werdende Lehrerbildung auf den Weg gebracht. Zwar geht die Reform noch holprig, aber es führt kein Weg an ihr vorbei. Ins Lehramt - ja man studiert noch immer ein Amt, nicht Pädagogik oder ähnliches - kommt man künftig nur noch mit einem Masterabschluss. Der davor liegende Bachelor soll von Anfang an Schulpraxis, Berufswissenschaften (z.B. Pädagogik, Psychologie, Didaktik) und Fachwissenschaft in sinnvoller Verbindung haben. So können künftige Lehrer besser gerüstet in ihren verantwortungsvollen Beruf starten.



Vorschläge, wie Schule humaner, der Zugang zu Bildung gerechter und die Finanzierung sozialer gestaltet werden kann, liegen längst vor. „Gemeinsam länger lernen“ - Wege zu einem integrativen Schulsystem - ist ein Papier überschrieben, mit dem sich die Linkspartei.PDS Berlin in die Debatte um die Schulstrukturreform einbringen wird.

Das Interview führte Jürgen Schimrock

Lebensmittelhilfe für die Ärmsten der Armen

FATHERS House e. V. hilft auch in Reinickendorf

Erstmals am Freitag, dem 2. Dezember wurden in der Schloßstr. 22, vor dem Roten Laden in Tegel, kostenlos Lebensmittel an Hilfsbedürftige verteilt. Diese Aktion konnte nur erfolgreich sein dank großzügiger Naturalspenden der ansässigen Geschäftsleute, die ohne Zögern bereit waren, zu helfen wo es nötig ist.

Organisiert hat dies der Verein

- die unentgeltliche Verteilung von gespendeten Lebensmitteln, damit in unserer Hauptstadt und auch in Reinickendorf sozial schwache Menschen mit dem Nötigsten versorgt werden;

- die entgeltlose Einrichtung von fahrbaren Mittagstischen (geplant);

- die Leitung und Einrichtung von Kinder- und Jugendeinrichtungen, damit Familien, die durch Bezug von Alg II oder aus anderen Gründen an oder unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, Unterstützung bekommen können (ebenfalls in Planung).

Die Notwendigkeit zumindest materieller Hilfe tritt in Reinickendorf zunehmend offen zu Tage. Bei Rundgängen von Vereinsmitgliedern, vorwiegend Nachts, wurde an vielen Stellen menschliches Elend auch in unserem Bezirk deutlich sichtbar.

Der Grundsatz von „FATHERS House e.V.“, „Hilfe, wenn deine Hand es vermag“, ist ein Motto, dessen Solidaritätsaussage von vielen Menschen unterstützt wird. Dies tut auch der Bezirksverband der Linkspartei.PDS Reinickendorf und stellt dem Verein auch in den kommenden kalten Wochen seine Räume unentgeltlich zur Verfügung, damit die gespendeten Lebensmittel an Bedürftige verteilt werden können.

Der nächste Termin für die kostenlose Verteilung ist für Samstag, den 17. Dezember 2005 von 10.00 bis 11.30 Uhr geplant. Bitte weitersagen! Allen Spendern auch von dieser Stelle einen sehr herzlichen Dank!

Linda K.

Am Rande Singegefühle

Zum Abschluss, nach dem sie die Große Koalition mit der CDU abgesegnet und im Zusammenhang damit ein paar Personalfragen geklärt hatten, sangen sie traditionsgemäß das alte Arbeiterlied: „Wann wir schreiten Seit an Seit“. So stand es in den Berichten über den SPD-Parteitag.

Der Gedanke an die neuen Seitenschreiter wird wohl, ist zu vermuten, ganz neue Singegefühle ausgelöst haben. Und dabei war zu diesem Zeitpunkt nicht einmal abzusehen, wie nett sich die neue Kanzlerin bei dem alten Kanzler für seine Vorarbeit bedanken und dann sogar noch bei SPD-Übervater Willy Brandt eine Anleihe machen würde.

Mehr Demokratie wagen, hatte der als Parole ausgegeben, und Frau Merkel entwickelte dieses Wort nun weiter: Mehr Freiheit wolle sie wagen. Ist doch fast das gleiche?

Naja, nicht ganz. Demokratie verfolgt, wenn sie funktioniert, die Herstellung eines Interessenausgleichs; Freiheit kann in diesem Zusammenhang nur den Vorrang von partikularen Interessen bedeuten.

Bekanntlich endet der traditionelle SPD-Gesang mit der Liedzeile „mit uns zieht die neue Zeit“. Da weiß man doch, wohin sie Seit an Seit zieht, die neue Zeit.

Jochen Eser

Ein Schelm...

Vom Werden der Großen Koalition plauderte Vizekanzler Franz Müntefering gegenüber der „Zeit“ (49/2005): „Frau Merkel und ich hatten den Vorteil, dass unsere beiden Büros übereinander lagen, ich war in der vierten, sie war in der fünften Etage. Die beiden sind über eine Treppe verbunden, es sah also keiner, wenn wir uns besprochen haben.“

Ein Schelm, wer Arges dabei denkt. Und es ginge ihn auch gar nichts an. Außerdem handelte es sich um viel Ärgeres. **Sr.**

Termine

Ehrung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Friedrichsfelde, 15. Januar 2006 ab 9.00 Uhr; bringt Blumen mit!

Zur Information: Der Rote Laden ist vom 23.12.2005 bis 3.1.2006 geschlossen.

Mehr Infos:
„FATHERS House e.v.“, Firlstr. 16, 12459 Berlin, Tel.: 62 60 97 28



„FATHERS House e.V.“, der schon seit Wochen bei Gewerbetreibenden in Reinickendorf intensiv dafür wirbt, dass den Ärmsten in unserem Bezirk nicht nur ein Minimum an materieller Zuwendung zuteil wird. Der vom Finanzamt als mildtätig und gemeinnützig anerkannte Verein war am 9. September 2005 von Christen gegründet worden, denen das Wort „Solidarität“ in einer Zeit seelischer und körperlicher Kälte noch etwas bedeutet.

Der Verein setzt sich zum Ziel, den Ärmsten der Armen durch Öffentlichkeitsarbeit und materielle Spenden zu helfen. Er sieht vor

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linkspartei-berlin.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de